

Steigende Sozialhilfekosten in Dietikon

Gefangen im Netz des Sozialstaates

Die Sozialkosten steigen in vielen Gemeinden dramatisch an. Was läuft schief? Ein Augenschein in Dietikon, der Zürcher Gemeinde mit der höchsten Sozialhilfequote im Kanton.

von **Lucien Scherrer** | 27.9.2014, 05:30 Uhr | [12 Kommentare](#)

Ein guter Ruf kann manchmal auch zum Problem werden. Zum Beispiel in Dietikon: Die Agglomerationsgemeinde ist anonym, sie bietet billigen Wohnraum, und was staatliche Hilfe angeht, war sie lange nicht bekannt dafür, besonders knauserig zu sein. Deshalb erfreut sie sie sich bei Sozialhilfeempfängern grosser Beliebtheit. 7,1 Prozent der rund 26 000 Einwohner beziehen Sozialhilfe, so viele wie nirgends sonst im Kanton Zürich.

«Wenn eine Gemeinde für niedere Einkommenschichten attraktiv ist, spricht sich das herum», sagt Liliane Blurtschi, die seit eineinhalb Jahren die Dietiker Sozialabteilung leitet. Dass da etwas dran sein muss, zeigt ein Blick auf die Statistik. Bearbeitete das Sozialamt 2004 noch 742 Fälle, waren es 2013 bereits 1255, was einem Anstieg von 69 Prozent entspricht. Während die Bevölkerung vergleichsweise moderat gewachsen ist (plus 13,5 Prozent), explodierten die Ausgaben für die Sozialhilfe: Die Bruttokosten stiegen zwischen und 2004 und 2013 von 16,5 auf 30,5 Millionen Franken (plus 84 Prozent).

Freibetrag als Fehlanreiz

Mit diesen Problemen steht die viertgrösste Stadt im Kanton nicht alleine da. Auch in anderen Gemeinden steigen die Sozialausgaben massiv an. So haben sie sich in Wetzikon und Rüti seit 2002 verdoppelt, in Oberglatt und Elgg gar verdreifacht. Seit der Fall einer eritreischen Flüchtlingsfamilie bekannt geworden ist, die in der Gemeinde Hagenbuch Sozialkosten in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken verursacht, ist in der Öffentlichkeit eine breite Diskussion über die staatliche Fürsorge entbrannt.

Liliane Blurtschi ist froh über diese Debatte: «Es ist an der Zeit, über Aufgaben und Leistungen der Sozialhilfe zu diskutieren», sagt sie.

Tatsächlich lässt sich am Beispiel Dietikons exemplarisch aufzeigen, woran das System krankt. Sozialvorstand Roger Bachmann (svp.) drückt es so aus: «Statt eine Überbrückungslösung ist die Sozialhilfe zu einer Art Vollkaskoversicherung ausgebaut worden, in der sich manche Leute bequem einrichten.» Die Schuld ortet er nicht primär bei den Bezüglern, sondern beim Staat selber, der falsche Anreize setze.

Wie in allen Zürcher Gemeinden sind die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) in Dietikon rechtsverbindlich beziehungsweise deren Auslegung durch den Kanton. Rechnet man den Grundbedarf, den maximalen (von lokalen Preisen abhängigen) Mietbeitrag, die Krankenkassenprämie und die Beiträge für Nichterwerbstätige zusammen, kommt ein Sozialhilfebezüglern auf ein «Einkommen» von 2525 Franken, das er nicht versteuern muss (siehe Tabelle). Um nach allen Abzügen, Prämien und Spesen auf denselben Nettobetrag zu kommen, müsste ein Arbeitnehmer rund 3400 Franken verdienen.

Wer Sozialhilfe bezieht, darf jedoch mit weiteren Gaben rechnen: Findet er einen Job, der zu schlecht bezahlt ist, um das Existenzminimum zu erreichen, muss ihm ein Einkommensfreibetrag (Efb) von maximal 600 Franken ausbezahlt werden. Bemüht er sich zudem, seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, indem er sich an Beschäftigungsprogrammen beteiligt, winkt ihm zudem eine Integrationszulage von maximal 300 Franken oder mindestens eine Minimalzulage – und diese erhält laut Blurtschi «fast jeder einmal».

Erschreckende Zahlen

Das Problem dabei ist, dass insbesondere der Efb manche Bezüglern davon abhält, sich von der Sozialhilfe abzulösen und einen schlecht bezahlten 100-Prozent-Job auf dem Arbeitsmarkt anzunehmen. Denn dort würde er viel mehr arbeiten, aber kaum mehr verdienen. Ein klarer Fehlanreiz, den der Regierungsrat nach jahrelangen Klagen einiger Gemeinden zwar erkannt, aber bis heute nicht aus der Welt geschafft oder zumindest reduziert hat. Genau das müsste er nach Ansicht von Liliane Blurtschi tun: «Gerade in

Dietikon, wo das Bildungsniveau tief ist, wirkt sich der Freibetrag negativ aus.»

Ein weiterer Fehlanreiz, der Gemeinden wie Dietikon zu schaffen macht: Je mehr Kinder eine Familie hat, desto mehr lohnt es sich für sie, sich im Sozialstaat niederzulassen. Wie die untenstehende Tabelle zeigt, kommt ein Paar mit vier Kindern auf ein Netto-Einkommen von rund 72 000 Franken – dies auch dank «situationsbedingten Leistungen», die mit 400 Franken pro Monat eher tief angesetzt sind. Denn zu diesen Leistungen gehören nicht nur Beiträge für Baby-Artikel, Verhütungsmittel, private Klavierstunden oder neue Möbel, sondern auch Zahnarztrechnungen (Kosten für die Gemeinde pro Jahr: 400 000 Franken), Fremdplacierungen (rund 3 Millionen Franken) und Krippenplätze (über 1 Million Franken). Besonders zu schaffen machen der Gemeinde kinderreiche Familien, die aus Nicht-Efta- und -EU-Ländern einreisen.

58 Prozent der Sozialhilfebezüger in Dietikon sind Ausländer, die trotz Deutschkursen oft kaum vermittelbar sind. Dass in Sachen Integration in den Arbeitsmarkt generell etwas schief läuft, zeigt die erschreckende Tatsache, dass 21 Prozent der Sozialfälle seit über vier Jahren am Tropf des Staates leben. Und das liegt nach Ansicht der Gemeindevertreter nicht nur daran, dass die Wirtschaft immer weniger bereit ist, Randständige zu beschäftigen.

«Statt Hilfe zur Selbsthilfe wird den Leuten beigebracht, dass sie Anspruch auf dies und das haben, ohne eine Gegenleistung zu bringen», sagt Roger Bachmann. «So schaukeln sich Ausländer und Schweizer gegenseitig hoch, weil keiner zu kurz kommen will.» Dieses Problem ist auch hausgemacht. Denn während Zahnbehandlungen aufgrund kantonaler Vorgaben beglichen werden müssen, ist es in vielen Fällen «situationsbedingter Leistungen» an den Gemeindebehörden, ob sie bezahlen wollen oder nicht. So im Fall von Kinderkrippenplätzen, welche die Dietiker Sozialabteilung ihren Klienten bis vor kurzem grosszügig finanzierte, weil ihnen das von Fachstellen und Sozialarbeitern eindringlich empfohlen worden war. Dies mit dem (nicht überprüfbaren) Argument, dass damit kostspielige Fremdplacierungen verhindert werden könnten. Und mit der realen Folge, dass werktätige Familien gegenüber Sozialhilfeempfängern weiter benachteiligt wurden. Zum grossen Entsetzen mancher Kinderkrippen hat die Sozialbehörde

entschieden, die Beiträge nicht weiter zu zahlen, da erwerbslose Eltern selber für ihre Kinder sorgen sollen.

Trotz allen Problemen mag man in Dietikon nicht in den Tenor der rot-grün regierten Städte Zürich und Winterthur einstimmen, die Sozialkosten zu kantonalisieren. Zwar würde Roger Bachmann eine «Korrektur» über den Finanzausgleich begrüßen. Sein Hauptanliegen ist aber, dass die Gemeinden bei der Festsetzung der Sozialhilfe wieder mehr Spielraum erhalten. Zu tun gibt es in jedem Fall einiges. Denn über 43 Prozent der Empfänger sind jünger als 26.

Aktuell

Prozess gegen früheren IMF-Direktor

Dominique Strauss-Kahn freigesprochen

Der frühere IMF-Direktor Strauss-Kahn ist am Freitagvormittag vom Vorwurf der schweren Zuhälterei freigesprochen worden. Das Urteil blamiert die Untersuchungsbehörden.

von **Nikos Tzermias, Paris** | vor 1 Stunde

Europa-Spiele in Aserbaidschan

Hochglanz mit Rissen

In Baku beginnen diesen Freitag die ersten Europa-Spiele, ein Spin-off der Olympischen Spiele. Die Führung des Landes erhofft sich vom sportlichen Grossereignis Anerkennung und Identität.

von **Silvia Stöber** | 12.6.2015

Was heute wichtig ist

Strauss-Kahn freigesprochen / Europa-Spiele in Aserbaidschan / 2,7 Milliarden Dollar für Anti-IS-Kampf sowie weitere Themen. Zuletzt aktualisiert um 13:38 Uhr

von **Tobias Bühlmann** | 12.6.2015

Russlands «zweites Yukos»

Kampf gegen den Kreml lohnt sich nicht

Nach der Verstaatlichung des Erdölkonzerns Bashneft geht es zurück zum Tagesgeschäft. Russische Unternehmer lernen: Wer den Staat gegen sich hat, kann sich nur retten, wenn er nicht kämpft.

Frauenvertretung in der Politik

Der Nationalrat wird weiblicher

Dank Neo-Parlamentarierin Christine Häsler steigt der Frauenanteil im Nationalrat auf 31 Prozent. Doch noch ist die Schweiz von den Gleichstellungs-Spitzenrängen weit entfernt.

von **Simon Hehli** | vor 4 Stunden

Umstrittene EU-Ferntransporte von Nutztieren

Von Krakau nach Beirut ins Schlachthaus

Der Export von lebendem Vieh aus der EU boomt. Die Folge davon sind immer längere Routen, bei denen die Tiere tagelang auf Lastwagen und Schiffen ausharren müssen. Die Kritik an den Zuständen wächst.

von **Susanna Ellner** | 12.6.2015

Norwegens «Ölfonds»

Oslos phänomenale Schatztruhe

Seit 1996 legt Norwegen die Einnahmen aus dem Ölgeschäft für künftige Generationen auf die Seite. Dieser Staatsfonds, der grösste seiner Art weltweit, ist zu einem schwergewichtigen Investor geworden.

von **Rudolf Hermann, Oslo** | 12.6.2015

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.